

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Uwe Pinno

Wieder Bombenanschlag in Sylhet

Am 21. Mai kurz nach dem Freitagsgebet explodierte eine Bombe im Hazrat Shahjalal Shohit Minar in Sylhet. Zwei Personen starben noch am gleichen Tag, insgesamt 70 Menschen wurden verletzt, unter ihnen der britische Diplomat Anwar Choudhury. Der 44-jährige aus Sylhet stammende und 1970 nach Großbritannien emigrierte Gesandte erlitt wie durch ein Wunder nur leichte Beinverletzungen durch umherfliegende Trümmer. Zunächst - so Chowdhury noch im Krankenhaus - traf der aus der Menge geschleuderte Sprengsatz ihn am Bauch, sodaß er selbst nach hinten auf den Boden fiel, bevor die Bombe Sekunden später explodierte, aber die Druckwelle über ihn hinwegfegte. Ein als Leibwächter eingesetzter Polizeioffizier, der sich in der Nähe des Diplomaten befand, erlag allerdings einen Tag später seinen Verletzungen.

Bereits im Januar war es am gleichen, 700 Jahre alten Shohit Minar zu einem Bombenanschlag gekommen, für das islamistische Gruppierungen verantwort-

lich gemacht wurden, ohne Schuldige überführen zu können. Doch der gezielte Wurf und der lange angekündigte Besuch des Diplomaten legte auch die Vermutungen nahe, daß es sich um ein gezieltes Attentat auf Anwar Choudhury handelte. Während der Angriff auf einen ausländischen Diplomaten in Bangladesh hohe Wellen schlug und sich sowohl die Regierungskoalition als auch die Opposition gegenseitig beschuldigten, setzte Großbritannien ein Team mit Experten von *Scotland Yard* und MI-5 zur Aufklärung ein. Ergebnisse der Ermittlungen sind noch nicht bekannt. In Gewahrsam befinden sich mittlerweile neun Personen, unter ihnen auch Führer der Studentenorganisation der *Awami League*. Spekulationen in andere Richtungen veranlaßten die *Jamaat-e-Islami* zu einer Erklärung, sie habe nichts mit den Anschlägen zu tun.

In den letzten fünf Jahren wurden in Bangladesh bei ähnlichen Anschlägen insgesamt 140 Personen getötet und knapp 1.000 verletzt.

Wirtschaftstrend leicht verbessert

Ende Mai veröffentlichte das *Bangladesh Bureau of Statistics* (BBS) die neuen Zahlen zum Wirtschaftstrend. Demnach hat sich das Wirtschaftswachstum von 5,26 Prozent im Vorjahr auf 5,52 Prozent in diesem Jahr leicht verbessert. Mit 17,68 Prozent einer am Bruttosozialprodukt am meisten beteiligten Sektoren konnte der Agrarsektor das Vorjahreswachstum von 3,29 Prozent nicht halten und sank auf 2,41 Prozent ab. Der Fertigungssektor erreichte überraschend mit 6,85 Prozent die höchste Rate seit sechs Jahren. Grund dafür sind neu erschlossene Absatzmärk-

te für Textilprodukte in Kanada, die noch einmal in der Statistik über den Zustand der angeschlagenen Textilindustrie hinwegtäuschen.

Dr. Zaid Bakht vom *Bangladesh Institut for Development Studies* kommentierte in *The Daily Star*, daß der Wirtschaftstrend seit Jahren bei fünf Prozent liege, dieser aber nicht ausreiche, um echte Fortschritte für das Land zu erzielen. Für das Millenniumziel der Armutreduzierung seien mindestens acht bis neun Prozent Wirtschaftswachstum von Nöten so der Experte.

Vorsitzender von Proshika festgenommen

Der Vorsitzende von *Proshika*, einer der größten NGOs in Bangladesh, Qazi Faruque Ahmed, und sein Stellvertreter David William Biswas sind am 22. Mai verhaftet worden. Das *Bureau of Anti-corruption* reichte Anklagen in gesamt 15 Fällen gegen Faruque und andere *Proshika*-Manager ein, von denen zwei für die Haftbefehle ausreichten. Hauptgrund für das Vorgehen dürfte aber der Vorwurf sein, in die Agitationen der *Awami League* zum versuchten Regierungsumsturz verwickelt zu sein. Ebenfalls spielt der Vorwurf der Regierungsparteien eine Rolle, daß *Proshika* längst keine reine Hilfsorganisation mehr sei, sondern in vielen Subbereichen diesen durch viele echte Hilfsmaßnahmen erworbenen Status für ein wachsendes wirtschaftliches Unternehmen nutze. Mit diesem Argument ist von Regierungsseite bereits in der Vergangenheit empfindlich in den Haushalt der Organisation eingegriffen worden.

Mit den Verhaftungen erreicht die (Partei-) Politisierung von NGOs nun eine neue Dimension. Leidtragende der Auseinandersetzungen dürften aber in erster Linie die Hilfsbedürftigen in den Projekten und die einfachen Mitarbeiter von *Proshika* sein, die sich reichlich wenig um Politik und Unternehmensfragen kümmern dürften. Mitarbeiter berichteten außerdem von ernsthaften Krisen im Mikrokreditbereich, da das Vertrauen in die Zukunft der Organisation geschwächt sei.

Wer auch immer die Schuld für die Situation trägt: Fest steht, daß im Geflecht von unzähligen NGOs in Bangladesh die Sogwirkung in Richtung Parteilisierung und ernsthafte Krisen fortgesetzt wird, die in erster Linie diejenigen treffen wird, die am meisten Hilfe benötigen.

... Im Überblick

Zunahme von Aktivitäten radikaler Islamisten

Am 1. April startete eine bisher unbekannte islamistische Gruppe namens *Jagota Muslim Janata Bangladesh* im Nordwesten des Landes gewalttätige Aktionen gegen *Outlaws*. Knapp einen Monat später stand die Organisation mit ihrem geheimnisvollen Führer, der sich *Bangla Bhai* (= „bengalischer Bruder“) nennt, in den Schlagzeilen der Zeitungen: Offenbar mit Unterstützung von Polizei und Lokalpolitikern machte die Gruppe Jagd auf Kriminelle, insbesondere auf Anhänger der verbotenen *Purbo Banglar Communist Party*. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits sieben *Outlaws* von den geheimnisvollen Todesschwadronen getötet und mehrere hundert weitere an die Polizei ausgeliefert worden. 2.000 gesuchte Verbrecher stellten sich zudem freiwillig der Polizei.

Bangla Bhai umriß die Ziele der eigenen Organisation wie folgt: „Ausmerzung der Korruption im Land, kriminelle Elemente und Waffenlager aufspüren und die Ideen des Propheten in der Gesellschaft umsetzen“.

Während der Erfolg der Gruppe gegen langgesuchte Verbrecher zunächst zumindest Wohlwollen bei Polizei und Politik auslöste, zeigten sich in den ersten Wochen im Mai ganz andere Konturen des Gesichts der Organisation: Repressionen gegenüber Frauen und gemäßigten Muslimen, Folttervorwürfe und Schutzgelderpressungen sowie eine talibanähnliche Ideologie, die die Errichtung eines islamistischen Regimes anstrebt, kamen ans Licht. Gleichzeitig, mit dem plötzlichen Leugnen jeglicher Verbindung bis hin zum Äußern absoluter Unkenntnis seitens der Polizei und der Bewohner in den betroffenen Gebieten, zeigte sich, daß die Gruppe bereits erfolgreich ein Patronagenetzwerk knüpfen konnte. Öffentlich wurden Journalisten von den Islamisten mit dem Tode bedroht, falls sie negativ über *Bangla Bhai* berichten.

Nach neueren Informationen unterhält die Gruppe bereits seit sechs Jahren Trainingslager für den bewaffneten Kampf im Land, in denen bereits 1.000 Aktivi-

sten ausgebildet worden sein sollen. Auch Verbindungen bis in höchste politische Kreise wurden bekannt. Klar ist, daß *Bangla Bhai* zumindest von den BNP-Familien unterstützt wurden, die bei Anschlägen der *Purbo Banglar Communist Party* in diesem Jahr Angehörige verloren hatten; aber auch Minister und höhere Richter stehen im Verdacht, Verbindungen zu Führern der Gruppe zu unterhalten. Auf Druck der Opposition wurde schließlich Haftbefehl gegen *Bangla Bhai* ausgestellt. Dieser aber entkam mit Hilfe von Polizeibeamten, die später vom Dienst suspendiert wurden. Doch zum Redaktionsschluß ist nach Angaben von Presseberichten die Jagd auf *Bangla Bhai* zunächst wieder aufgegeben worden. Man verfüge nicht über die entsprechenden Mittel, eine großangelegte Fahndung über einen längeren Zeitraum aufrecht zu erhalten, hieß es. Im Nordwesten des Landes wächst inzwischen die Angst vor einem Eskalieren des Kampfes zwischen den Islamisten und den sich mittlerweile neu formierenden Anhänger der Radikal-Kommunisten.

Indessen gewinnen islamistische Gruppierungen in Bangladesh weiter an Boden, wie auch die Ausschreitungen und Repressionen gegen die *Ahmadiyya* zeigen (SÜDASIEN berichtete). Bestärkt in der Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen, die *Ahmadiyya* als Nicht-Muslimen zu brandmarken, wirken Agitationen der Regierung, wie das am 8. Januar durchgesetzte Verbot von Schriftgut dieser religiösen Minderheit. Menschenrechtsorganisationen berichteten in diesem Zusammenhang von Repressionen und gewalttätigen Ausschreitungen gegen *Ahmadiyya*-Anhänger, insbesondere in Noakhali. Aufsehen erregte auch das Attentat auf den Schriftsteller und Universitätsdozenten Prof. Humayun Azad im Februar diesen Jahres, der dieses schwer verletzt überlebte. Aus Reihen der Anti-*Ahmadiyya*-Bewegungen waren zuvor Todesdrohungen gegen ihn wegen seiner neuesten Novelle „*Pak Saar Jamin Saad*

Baad“ laut geworden.

Verschärfung der politischen Auseinandersetzung

Die Auseinandersetzungen zwischen der Regierungskoalition und der *Awami League* haben sich weiter verschärft. Bereits zu Beginn des Jahres setzte die *Awami League* angesichts zunehmender politisch motivierter Gewalt der Regierung ein Ultimatum, entweder ihre Forderungen bis zum 29. April zu erfüllen, oder abzudanken. Zu den Forderungen zählten Rücktritte hoher Regierungspolitiker, ein indirektes Eingeständnis, mit insgesamt 101 Mafia-bossen zusammenzuarbeiten und Gemeinplätze wie die Abschaffung von Korruption oder die Einstellung der Unterstützung islamistischer Terroristen.

Das Aktionsprogramm der *Awami League* umfaßte nach außen Streiks, oft in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei mündende Demonstrationen und Blockaden. Politisch bemühte sich die Oppositionspartei um Schulter-schluß mit anderen Oppositionsparteien und Gruppierungen der Zivilgesellschaft. 1996 konnte sich die *Awami League* mit einer ähnlichen Politik zu einer Fürsprecherin der Zivilgesellschaft machen und die damalige BNP-Regierungskoalition zum Abdanken zwingen. Doch sowohl die kleineren oppositionellen Parteien als auch große Teile der Bevölkerung stehen nur sehr bedingt hinter der Partei, die sich in ihrer Regierungszeit ebenfalls Korruption, Mißwirtschaft und politisch motivierte Gewalt zu Schulden hat kommen lassen, und hofft eher auf eine Alternative zu den beiden Blockparteien. Ende April, zum Ablauf der Frist, reagierte die Regierungspartei mit an Willkür grenzende Massenverhaftungen von *Awami League*-Politikern, bis schließlich das höchste Gericht die Regierung um sofortige Aufklärung der Sachverhalte bat.